

Kamen, 8.12.2022

Rede zum Entwurf des Haushalts 2023

„Die Ruhe vor dem Sturm“ – titelte kürzlich eine große deutsche Tageszeitung ihren Kommentar zur sozialen Lage in Deutschland.

Auch in unserer Stadt scheint es so zu sein, denn trotz großer finanzieller Probleme, schließt der Haushaltsentwurf für 2023 „offiziell“ mit einem Plus von rund 900.000 € ab.

Und das unter Rahmenbedingung, die wahrlich problematisch sind und die Einnahmen- und Ausgabenseite massiv belasten:

- Der enorme Anstieg der Energiekosten wird den Betrieb kommunaler Gebäude (Kita, Schulen, Rathaus, Bürger- und Jugendzentren) verteuern.
- Dazu kommt die hohe Inflationsrate, die die Sachausgaben und Investitionskosten in die Höhe treibt.
- Bürger*innen mit geringen Einkommen werden verstärkt auf Sozialleistungen (Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII und Wohngeld) zurückgreifen müssen.
- Müssen auf Dauer auch die GSW als Energielieferanten finanziell gestützt werden? Ein „Rettungsschirm“ für Stadtwerke wurde bereits gefordert. Bisher zahlen diese in den städtischen Haushalt einen Teil ihrer Gewinne ein.
- Es wird befürchtet, dass es u.a. durch die massiven Bombardements der russischen Armee auf die ukrainische Energieversorgung zu höheren Flüchtlingszahlen kommen wird.
- Dazu kommen wegbrechende Einnahmen durch das Steuerentlastungsgesetz 2022, das 4. Corona-Steuerhilfegesetz und das Inflationsausgleichsgesetz, in NRW bedeutet das für alle Kommunen: über 1 Milliarde Euro weniger.

Vor diesem Hintergrund muss man aber wissen, dass 7,6 Millionen Euro als „außerordentliche Erträge“ verbucht sind, die eigentlich Verluste durch die Auswirkungen der Pandemie sind. Schon jetzt summieren sich diese „Erträge“ auf über 20 Millionen Euro. Somit werden die „Corona- und Ukraine-Schäden“ zwar jetzt neutralisiert, werden aber spätere Haushalte über die geforderten Abschreibungen belasten.

Sieht man die Anforderungen, die auf die Kommunen durch garantierte Kita-Plätze, durch die garantierte kostenlose Ganztags-Grundschule oder durch die Erweiterung der Aufgaben im Kinderschutz in den nächsten Jahren zukommen – und sieht man die in der Vergangenheit bei neuen Aufgaben versäumten erhöhten Finanzausstattungen – so sind mit der guten Nachricht „Ausgeglichener Haushalt“ doch gleichzeitig Zweifel für die Nachhaltigkeit dieses Ausgleichs verbunden.

Schon immer haben wir gelobt, dass im Haushalt in vielen Bereichen, die das Leben in unserer Stadt lebenswert und attraktiv machen, die Ausgaben nicht gesenkt werden. Klar, könnte es noch das ein oder andere mehr sein, aber in den Bereichen Schule, Jugend, Kinder und Soziales leistet die Stadt unserer Meinung nach eine vorbildliche Arbeit.

Bürgerhäuser und Jugendzentren leisten eine unverzichtbare Präventionsarbeit. Dazu kommt das von der Stadt – in Zusammenarbeit mit dem Rat und vielen anderen – entwickelte Präventionskonzept.

Auch das Museum, die Bücherei und die Musikschule bleiben, ebenso wie Förderung der Sportstätten, erhalten.

Denn damit verbunden ist auch, dass wir als Stadt hier Hebel in der Hand halten, arme Menschen an Kultur und Sport zu beteiligen.

Hier wird – auch durch das Engagement der Mitarbeiter*innen – eine Arbeit geleistet, die vor dem Hintergrund der sich weiter verstärkenden **sozialen Ungleichheit**, immer wichtiger wird.

Ein bisschen versteckt im Haushalt sind auch Mittel für die Innenstadt, für die die Stadt u.a. über Anmietungen von Leerständen versucht, kleine Attraktivierungen zu schaffen. Wenigstens tut sich was.

In den letzten 7 Jahren sind in Kamen keine Sozialwohnungen mehr gebaut worden, stellte das Planungsbüro „Plan lokal“, das an der

Erstellung des Handlungskonzepts Wohnen beteiligt ist, fest. Das könnte uns auf die Füße fallen, denn die Anzahl preiswerter Wohnungen wird in den nächsten Jahren zurückgehen. Was fehlt, ist ein festgeschriebener Anteil von Sozialwohnungen bei den Planungen von neuen Baugebieten. Da sind andere Städte weiter.

In den Bereich „Soziales“ passt auch die von uns befürwortete Öffnung des Wirtschaftsweges am Mühlbach für den Radverkehr. Hier steht seit langer Zeit eine Entscheidung an – ein Gutachten liegt seit Oktober 2021 vor.

Zum Klimawandel

Im Rahmen des Strukturwandels sind in unserer Stadt am Kreuz der beiden wichtigsten Autobahnen unseres Landes vor allem Logistik-Ansiedlungen entstanden.

Die Folgen

- Ein enormer Flächenverbrauch
- Eine Zunahme der Lkw-Verkehre auch innerhalb der Stadt
- Dadurch eine Belastung der Menschen durch Lärm und Abgase
- Und schließlich die Verödung der Innenstadt durch die Möglichkeit, alles im Internet zu kaufen und sich „just in time“ beliefern zu lassen
- Wie alle Städte leiden die Menschen in Kamen unter den ansteigenden Temperaturen durch den menschengemachten Treibhauseffekt. Die Zahl der Hitzetage im Sommer wird immer höher.

Immerhin tagt das Klimaschutzgremium regelmäßig.

Immerhin fördert die Stadt inzwischen – wenn auch noch sehr wenige – grüne Dächer.

Immerhin sind im Bereich des Produktes 56.01.01 „Umweltmanagement“ zum ersten Mal 65.500 € für Baumaßnahmen eingeplant.

Loben können wir auch die Einbindung der Bürger*innen in Prozesse der Ortsteilentwicklung (vor allem in Methler und Heeren) – das ist demokratische Beteiligung, wie wir sie uns wünschen.

Immerhin gibt es jetzt ein „Team Klimaschutz“ mit dem jetzt auch im Stellenplan befindlichen Klimaschutzbeauftragten und drei weiteren Verwaltungsmitarbeiter*innen.

Aber: trotzdem steigen die Personalausgaben im Produktbereich 56 „Umweltschutz“ kaum an. Die Leute des Teams haben halt eher andere Aufgaben in der Verwaltung.

Und auch die Energiewende ist in Kamen kaum zu sehen: Photovoltaik trotz immenser Flächen auf Flachdächern bleibt die Ausnahme, Photovoltaik verbunden mit Dachbegrünung (noch effizienter) ist nirgendwo zu sehen.

Das Vorgehen gegen Schottergärten und Betonflächen erscheint eher vorsichtig, als dass man „klare Kante“ zeigt.

Es fehlen Elektro-Car- oder Car-Sharing-Angebote, die Pflicht, auch private Dachflächen zu begründen und/oder für Fotovoltaik zu nutzen, Bürgerbusse, eine sinnvolle öffentlichen Parkraumbewirtschaftung auch für den Schwerlastverkehr und mehr Fahrradstraßen.

Und für Großprojekte müssen dann viele Bäume (Kombi-Bad) oder ökologisch wertvolle Gartenflächen (Gymnasium) weichen.

Soziale Unterschiede – zwischen Menschen und zwischen Städten

„Wär‘ ich nicht arm, wärst du nicht reich!“, sagt bei Brecht der arme Mann zum reichen Mann.

In den Zeiten der Corona-Pandemie hat die soziale Ungleichheit zugenommen – weltweit, national und auch zwischen „armen“ und „reichen“ Städten.

National: Hierzulande haben Superreiche ihr Vermögen seit März 2020 massiv vermehrt, was vor allem auf Aktienbesitz, Betriebs- und Immobilienvermögen zurückgeht. Nach Untersuchungen der Deutschen

Bank besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung rund 35 Prozent des Vermögens, während die untere Hälfte der Haushalte etwa 3 % des gesamten Nettovermögens besitzt.

Dagegen arbeiten rund 7,5 Millionen Menschen im sog. Niederlohnsektor bei einem Stundenlohn von unter 12,50 €. Das sind 19 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Kleine Anmerkung: im Gastgewerbe sind es 63 %. Warum findet man kaum noch Menschen, die sich das antun?

Im Laufe des Frühjahrs, wenn die neuen Gas- und Stromrechnungen kommen, werden viele Probleme haben, ihre Energiekosten zu bewältigen. Verbände der Wirtschaft gehen dabei von einem Viertel aller Menschen aus. Wir hoffen, dass dann nicht so viele Menschen vor der Entscheidung „Heizen oder Essen“ stehen werden.

Und bei den Städten?

Es gibt die – in NRW wenigen – „reichen“ Städte mit sprudelnden Gewerbesteuerereinnahmen. Und es gibt eben die Städte im und rund ums Ruhrgebiet. Die Sozialstruktur sorgt für eine hohe finanzielle Belastung. Nach dem neuesten Schuldneratlas sind 7,50 % der Haushalte im Kreis Unna überschuldet. Betroffen sind also fast 30.000 Menschen

In Bayern lagen 2021 die Sachinvestitionen der Kommunen mit ca. 750 Euro pro Bürger*in mehr als doppelt so hoch wie in NRW.

Für den Bau von Schulen wurden in Bayern von 2011 bis 2021 104 Euro pro Einwohner*in ausgegeben, in NRW waren es gerade 17 Euro.

Nimmt man u.a. die Instandhaltung der Schulgebäude hinzu, ist das Verhältnis Bayern zu NRW bei 1004 Euro zu 371 Euro pro Schüler*in.

Und hier möchte ich an eine Bemerkung unserer Bürgermeisterin anknüpfen: Es kann nicht sein, dass es für einen Schüler oder eine Schülerin davon abhängt, in welcher Stadt sie wohnen, ob sie mit einem digitalen Endgerät (tablet) ausgestattet werden oder nicht.

Dann locken die „reichen“ Kommunen mit niedrigen Gewerbesteuersätzen weitere Betriebe an und mit niedrigen Grundsteuern betuchte Bewohner*innen.

„Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

Die Probleme der sozialen Ungleichheit und der notorischen Unterfinanzierung der Kommunen kann unser Haushalt nicht lösen. Gefordert sind hier die Bundesregierung und die Landesregierung.

Damit die Kommunen in die Lage versetzt werden, laufende und Zukunftsaufgaben meistern zu können, sind ihnen durch Bund und Land ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen bzw. sind sie von durch Gesetze übertragene Aufgaben, die Kosten erzeugen, zu entlasten. Ein Großteil der so verursachten Ausgaben wird trotz des Konnexitätsgebotes (»Wer die Musik bestellt, zahlt sie auch.«) des GG24 und der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht vollständig durch die Verursacher erstattet.

Der sog. Steuerverbundsatz – das ist quasi der Anteil der Kommunen an den Landessteuern – beträgt seit Jahren 23 %. In den 90er Jahren waren das mal 28 %. Da muss er wieder hin!

Und die „soziale Schlagseite“ der Kommunen – auch die Energiehilfen helfen ja sehr stark Besserverdienenden – kann nur durch höhere Steuereinnahmen ausgeglichen werden:

- durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer,
- durch eine progressiv ausgestaltete Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer,
- durch die Verhinderung der Umgehung der Grunderwerbssteuer durch Immobiliengesellschaften,
- durch eine Übergewinnsteuer, die die Profiteure der Krise beteiligt,
- durch eine Digitalsteuer, die die großen Corona-Gewinner, wie Amazon, Mikrosoft oder auch Google belastet – die Gelder könnten dann für die Stärkung der Innenstädte verwendet werden,
- durch eine Anhebung des Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer

Das letzte fordern inzwischen sogar die eher konservativ orientierten Wirtschaftsweisen, dazu einen Energie-Soli für Besserverdienende.

Nur am Rande: Im Bundestag hatte DIE LINKE über „eine einmalige Vermögensabgabe für Multimillionäre und Multimillionärinnen und Milliardäre und Milliardärinnen“ abstimmen lassen. SPD und Grüne argumentierten, warum sie dafür sind, aber trotzdem dagegen stimmen würden.

Bund, Land und vor allem die Kommunen können es sich einfach nicht mehr leisten, große Unternehmen und die Reichsten in unserem Land mit Niedrigsteuern davon kommen zu lassen.

Zum Schluss

Trotz einiger beschriebener Defizite stimmen wir dem Haushalt zu.